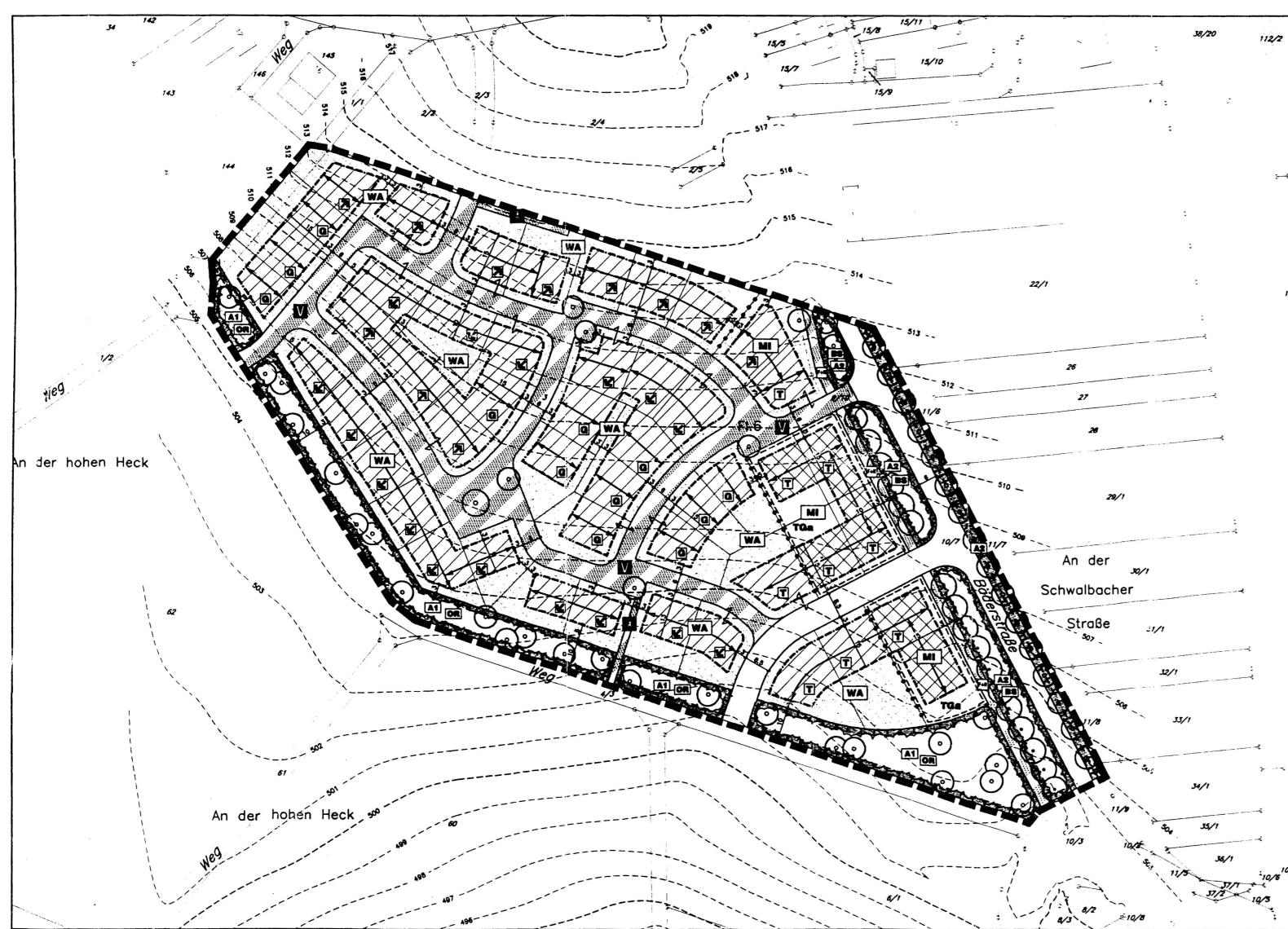
Bebauungsplan UNTER DER KATHOLISCHEN KIRCHE

2. ÄNDERUNG + ERGÄNZUNG

SD 23-45 FH=max. 13,0 m TH=max. 7,0 m

BEBAUUNGSPLAN § 9 BauGB GRÜNORDNUNGSPLAN § 9 (1) NR. 15, 20 + 25 BauGB



LEGENDE

0

WA 0.35 0.35 FH=max.10,0 m TH=max. 4,0 m

ALLGEMEINES WOHNGEBIET (§ 4 Baunvo) MISCHGEBIET (§ 6 BauNVO)

MAX. ZULÄSSIGE GRUNDFLÄCHENZAHL GRZ (§ 16 Baunvo) MAX. ZULÄSSIGE GESCHOSSFL.ZAHL GFZ (§ 16 BauNVO)

ZAHL DER VOLLGESCHOSSE (§ 16 Baunvo)
ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ZWINGEND (§ 16 Baunvo) OFFENE BAUWEISE (§ 22 BauNVO) NUR EINZEL-/DOPPELHÄUSER ZULÄSSIG (§ 22 BOUNVO) SD ZULÄSSIGE DACHFORM: SATTELDACH 23-45' MINDEST- bzw. HÖCHSTZULÄSSIGE DACHNEIGUNG

MAX. ZULÄSSIGE FIRSTHÖHE (IN METER) MAX. ZULÄSSIGE TRAUFHÖHE (IN METER) EINTRAGUNGEN IN DIE NUTZUNGSSCHABLONE NUR BEISPIELHAFT

ÜBERBAUBARE / NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKS-FLÄCHEN UND STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN (§ 9 (1) Nr.2 BauGB)

ÜBERBAUBARE FLÄCHE IM ALLGEMEINEN WOHNGEBIET ÜBERBAUBARE FLÄCHE IM MISCHGEBIET NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE BAUGRENZE (§ 23 BauNVO)

VERKEHRSFLÄCHEN UND ANSCHLUSS ANDERER FLÄCHEN AN DIE VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 (1) Nr.11 BauGB)

STELLUNG DER BAULICHE ANLAGEN / HAUPTFIRSTRICHTUNG

STRASSENVERKEHRSFLÄCHE VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG **ZWECKBESTIMMUNG:**

V VERKEHRSBERUHIGTER BEREICH

FUSSWEG FIR FUSS- UND RADWEG

GRÜNFLÄCHEN (§ 9 (1) Nr. 15 BauGB)

ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHEN

ZWECKBESTIMMUNG:

ORTSRANDEINGRÜNUNG **BS** BAUMPFLANZSTREIFEN

FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR FFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)

FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT

A1 AUSGLEICHSFLÄCHE 1 A2 AUSGLEICHSFLÄCHE 2

ANPFLANZUNG UND ERHALTUNG VON BÄUMEN/STF:ÄUCHERN (§ 9 (1) Nr. 25 a+b BauGB)

ANPFLANZUNG VON BÄUMEN (§ 9 (1) Nr. 25 a BauGB) ANPFLANZUNG VON STRÄUCHERN (§ 9 (1) Nr. 25 c BauGB)

ERHALTUNG VON BÄUMEN (§ 9 (1) Nr. 25 b BauGB)

SONSTIGE PLANZEICHEN

HINWEIS AUF ERSCHLIESSUNGSTECHNISCH ZUGEORDNETE VERKEHRSFLÄCHEN

UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR GEMEINSCHAFTSANLAGEN (§ 9 (1) Nr. 22 BauGB)

GEMEINSCHAFTS-TIEFGARAGE (§ 9 (1) Nr. 22 BauGB) GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES (**§** 9 (7) BauGB)

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG (§ 16 (5) BauNVO)

NACHRICHTLICHE DARSTELLUNG

VORHANDENE KATASTERGRENZE

VORHANDENE GEBÄUDE FLURSTÜCKSNUMMER HÖHENLINIE

SONSTIGE DARSTELLUNG

GEPLANTE KATASTERGRENZE (KEINE FESTSETZUNG)

SICHTDREIECK BERGSEITIGE BEBAUUNG TALSEITIGE BEBAUUNG TRAUFSTÄNDIGE BEBAUUNG GIEBELSTÄNDIGE BEBAUUNG

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. ART + MASS DER BAULICHEN NUTZUNG 1.1 Art der baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB

ALLGEMEINES WOHNGEBIET (WA) § 4 BauNVO Die gemäß § 4 (3) BauNVO im Allgemeinen Wohngebiet ausnahms-weise zulässigen Nutzungen sind nach § 1 (6) BauNVO ausge-

MISCHGEBIET (MI) § 6 BauNVO

Die gemäß § 6 (2) Nr. 7 + 8 BauNVO im Mischgebiet allgemein zu-lässigen Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten sind nach § 1 (5) BauNVO ausgeschlossen.

Die gemäß § 6 (3) BauNVO im Mischgebiet ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind nach § 1 (6) BauNVO ausgeschlossen. Bei der Ermittlung der Geschoßfläche (GFZ) bleiben die Flächen unterirdischer Garagengeschoße nach §§ 21 a (1) + (4) BauNVO unberücksichtigt.

1.2 Maß der baulichen Nutzung / Zulässige Höhe der Baukörper § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V. mit §§ 16 + 18 BauNVO

Die in der Planzeichnung als Maximalwerte festgesetzten Traufhöhen (FH) und Firsthöhen (FH) beziehen sich auf die Fußbodenoberkante/Rohfußboden Erdgeschoß (FOK EG) und dürfen nicht überschrit-

 Die Fußbodenoberkante (FOK EG) muß bei der als talseitig festge-setzten Bebauung 0,10 - 0,60 m über dem Bezugspunkt liegen. Die Fußbodenoberkante (FOK EG) muß bei der als bergseitig festge-setzten Bebauung 2,20 - 2,70 m über dem Bezugspunkt liegen. Die Fußtodenoberkante (FOK EG) muß bei der als giebelständig (G) oder tradiständig (T) festgesetzten Bebauung 0,50 - 1,00 m über dem Bezugspunkt liegen.

2. HÖHENLAGE BAULICHER ANLAGEN § 9 (2) BauGB

Bezugspunkt ür die Höhenfestsetzung der FOK EG ist die Höhe der Stra-ßenkante der dem Baugrundstück erschließungstechnisch zugeordneten öffentlichen Verkehrsfläche, gemessen in der auf die Gesamtlänge (einschließlich vor- oder rückspringender Bauteile) bezogene Mittelachse des Hauptgebäudes ohne angebaute Garagen.

3. ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE § 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V. mit §§ 12 + 23 BauNVO

Doppelhaust äfften

Carports und Garagen sind gemäß § 12 (6) BauGB nur innerhalb der überbaubarer Grundstücksflächen zulässig.

4. GRÖSSE DER BAUGRUNDSTÜCKE § 9 (1) Nr. 3 BauGB - Im ALLGEMEINEN WOHNGEBIET sind bei der Größe der Baugrundstük-BAUGRUNDSTÜCK MINIMUM Einzelhäuser 650 m²

Bei Eckgrundstücken ist eine Überschreitung der Maximalwerte um bis zu 20 % zulässig.

250 m²

5. BES CHRÄNKUNG DER WOHNUNGSZAHL § 9 (1) Nr. 6 BauGB

Im ALLGEMEINEN WOHNGEBIET sind je Wohngebäude im freistehenden Einzelhaus max. 3 WE und in der Doppelhaushälfte max. 2 WE zulässig. Bei gewerblicher Nutzung in Wohngebäuden sind im freistehenden Einzelhaus zusätzlich max. 2 WE und in der Doppelhaushälfte max. 1 WE

VERKEHRSFLÄCHEN, VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBE-STIMMUNG + ANSCHLUSS ANDERER FLÄCHEN AN DIESE VERKEHRS-FLECHEN & 9 (1) Nr. 11 BauGB

Die mit der besonderen Zweckbestimmung "verkehrsberuhigter Bereich" - In den Teilbereichen WA + MI ist für jedes Grundstück nur eine Zufahrt von max. 6,00 m, oder zwei Zufahrten mit insgesamt 6,50 m Breite zulässig, bei gewerblicher Nutzung von max. 8,00 m.

ZUORDNUNG DER AUSGLEICHSMASSNAHMEN § 9 (1 a) BauGB i.V. mit § 9 (1) Nr. 15, 16 + 25 a BauGB

Die in der Planurkunde nach § 9 (1) Nr. 25 a BauGB vorgeschriebenen Pflanzmaßnahmen einschließlich der nach § 9 (1) Nr. 15 + 20 BauGB festgesetzten öffentlichen Grünflächen, Flächen für die Wasserwirtschaft, Ausgleichsflächen mit den darauf durchzuführenden Maßnahmen sind entsprechend der nachfolgenden Aufstellung den festgesetzten privaten Bauflächen und den sonstigen Flächen als Sammelausgleichsmaßnahme gemäß § 9 (1 a) BauGB wie folgt zugeordnet:

PRIVATE BAJFLÄCHEN SONSTIGE FLÄCHEN

8. FLÄCHEN + MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR + LANDSCHAFT § 9 (1) Nr. 20 BauGB

Die im PLANTEIL A als zu erhaltend festgesetzten Einzelbäume und Hek-kenstrukturen sind zu schützen, dauerhaft zu pflegen und entsprechend ihrem natürlichen Habitus standortgerecht zu entwickeln Bei Baumaßnahmen ist der Oberboden nach DIN 18.915 zu sichem, auf dem jeweiligen Baugrundstück zur Herstellung von Vegetationsflächen wieder aufzurragen oder für die Ausgleichsflächen zu verwenden.

Die festgesetzten Neuanpflanzungen sind spätestens in der auf den Bezug der Gebäude folgenden Pflanzperiode herzustellen, zu schützen, dauerhaft zu pflegen und standortgerecht zu entwickeln. Bei Schäden und Zuwiderhandlungen sind Ersatzpflanzungen nach Punkt A.9.1 - 9.6 in der Höhe des Sachwertes durchzuführen. Die Berechnung des Sachwertes erfolgt nach der METRODE KOCH (durch BCH Litter) andreatt) nach der METHODE KOCH (durch BGH-Urteil anerkannt). Die öffentlichen Grünflächen sind als extensive artenreiche Kräuterwiese

zu entwickelij und nur einmal jährlich nach der Blüte zu mähen, wobei das Mangut aufz nehmen und einer Verwendung zuzuführen ist. Fuf den Ausgleichsflächen mit der Zweckbestimmung OR sind Baumpflanzungen und Heckenstrukturen mit standortgerechten Gehölzen gemäß Punkt A.9.2 + 9.3 herzustellen, durch fachgerechte Pflege zu entwickeln

Die im Straßenraum ausgewiesenen Baumpflanzungen sind Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft, sie sind mit den Bäumen gemäß Punkt A.9.1 herzustellen, durch fachgerechte Pflege standortgerecht zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten.

9. ANPFLANZEN YON BÄUMEN, STRÄUCHERN + SONSTIGEN BE-PFLANZUNGEN § 9 (1) Nr. 25 a BauGB

Die im Plan estgesetzten Pflanzgebote sind mit standortgerechten Gehölzen gemäß Punkt A.9.1 - 9.6 bei einer max. zulässigen Abweichung von 2,00 m an den ausgewiesenen Standorten herzustellen. Nur bei Überlagerungen mit Ver- und Entsorgungsleitungen, der Straßenbeleuchtung oder Zufahrten kann von dieser Festsetzung abgewichen werden.

Je angefangene 350 m² Grundstücksgröße ist mind, ein großkroniger Laubbaum çemäß Punkt A.9.1 - 9.3 zu pflanzen und durch fachgerechte Pflege zu ertwickeln. PKW-Stellplätze sind einzugrünen und durch Pflanzstreifen mit Einzelbäumen geniäß Punkt A.9.1 nach jedem 5. Stellplatz zu gliedern.

ERLÄUTERUNG DER ABKÜRZUNGEN

- 3 x verpflanz - Gehölzgrößen in Zentimeter - mit Ballen

- mit Topfballen

- Anzahl der Pflanzen pro Quadratmeter Anzahl Heckenpflanzen pro Meter 9.1 EINZEL + STRASSENBÄUME

Mindestg:öße Acer platanoides Acer pseudoplatanus Alnus glutinosa Carpinus betulus Fraxinus excelsion Quercus petraea Quercus robur Tilia cordata

- Bergahorn - Schwarzerle Hainbuche - Gewöhnliche Esche - Traubeneiche Stieleiche

Hochstamm 3 x v. 14/16

Mindestg öße **OBSTBAUMSORTEN**

- Hochstamm 2 x v. - APFELSORTEN Baumanns Renette Bohnapfel Oldenburger Ontarioapfel Winterrambou - BIRNENSORTEN

Bosc's Flaschenbirne Gute Graue

Bühler Frühzwetschge

- KIRSCHSORTEN Büttners Rote Knorpelkirsche Große Schwarze Knorpelkirsche Hedelfinger Schneiders Späte Knorpelkirsche - ZWETSCHGENSORTEN

Einhaltung der Festsetzungen des Bebauungsplanes prüffähig erkennbar

4. ABFALLWIRTSCHAFT Es wird empfohlen, im Geltungsbereich des Bebauungsplanes organische Abfälle zu kompostieren, um das Abfallaufkommen zu reduzieren.

5. BRAUCHWASSERVERSORGUNG

Bei dei Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser für die Bewässerung des Gartens und die Toilettenspülung ist im Bereich der Haushalte darauf zu achten, daß das Leitungssystem entsprechend DIN 1988 ausgeführt wird. Die Planung der Brauchwasseranlage innerhalb des Hauses ist vor der Erstellung und Inbetriebnahme der Gemeinde HEIDENROD anzuzeigen. Weiter wird in diesem Zusammenhang besonders auf § 15 der Verordnung über die Allgemeinen Bedingungen für die Wasserversorgung (AVBWasserV)hinoewiesen.

REGENWASSERVERSICKERUNG

- Das auf den Dachflächen anfallende Regenwasser soll möglichst als Brauchwasser genutzt oder über Geländemulden versickert werden, um es wieder dem Grundwasser zuzuführen.

Tel und Hr Zinschel 10 11 33 mus solem beleat, days moralich sount B.6

D. RECHTSGRUNDLAGEN

Der Bebauungsplan wird aufgrund der nachfolgenden gesetzlichen Be-

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141). Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 12.03.1987 (BGBI. I S. 889), zuletzt geändert am 18.08.1997 (BGBI. I S. 2081).

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBI, I S. 132), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) vom 22.04.1993 (BGBI, I S. 466).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBI. 1991 I S. 58). Hessische Bauordnung (HBO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 20.12.1993 (GVBl. I S. 655).

Hessisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Hessisches Naturschutzgesetz - HENatG) vom 19.09.1980 (GVBI, I S. 309), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16.04.1996 (GVBI, I S. 775).

Hessische Gemeindeordnung (HGO) i.d.F. vom 21.12.1994 (GVBI. I S. 816). Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverun-reinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vergänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BlmSchG) i.d.F. vom 14.05.1990 (BGBI. I S. 880), zuletzt geändert am 27.06.1994 (BGBI. I S. 1440).

Es sind nur symmetrisch geneigte Zelt-, Sattel-, Walm-, Krüppelwalmund Pultdächer mit einer Neigung von 23 - 45° zulässig. Dies gilt
auch für Garagen, die alternativ mit begrünten Flachdächern und bei
traufseitig angebauten Garagen als Pultdächer mit einer Mindestdachneigung von 20° hergestellt werden können.

HEIDENROD, den .

2 BÜRGERBETEILIGUNG

Der Traufüberstand muß einschließlich Dachrinne mind. 0,50 m, der Ortgangüberstand mind. 0,30 m betragen, ausgenommen Garagen und Gebäude ohne seitlichen Grenzabstand. Für die Dacheindeckung sind nur Tonziegel, Betondachsteine oder Kunstschiefer in den Farben rot, braun, rotbraun und anthrazit sowie Naturschiefer zu verwenden. Dachgauben können auch komplett mit Zink- oder Kupferblech verkleidet werden.

Dachgauben müssen einen Abstand von mind. 1,50 m zur Giebelwand und mind. 0,50 m zur Traufe einhalten. Sie dürfen weder die

Solarkollektoren und sonstige Anlagen zur Gewinnung regenerative Energien sind in das Dach zu integrieren oder in gleicher Neigung wie das Dach anzubringen. Diese Festsetzung gilt nicht für begrünte Flachdachgaragen, hier dürfen die Solarkollektoren die OK Dach bis zu 1,50 m überschreiten.

1.2 Fassaden

9.3 EINGRÜNUNG - BAUMARTEN

9.4 EINGRÜNUNG - STRAUCHARTEN

Alnus glutinosa Carpinus betulus Fraxinus excelsio

Cornus mas Cornus sanguinea Corylus avellana

Lonicera xylosteun Prunus mahaleb

Prunus spinosa

Viburnum lantana

Viburnum opulus

9.5 HECKENPFLANZEN

Acer campestre

9.6 KLETTERPFLANZEN

Hedera hibernica

Lonicera caprifolium

B. BAUORDNUNGSRECHTLICHE VORSCHRIFTEN

§ 9 (4) BauGB i.V. mit § 86 (1 + 6) HBO

Carpinus betulus - Hainbuche

Ligustrum i.S. - Ligusterarten Taxus baccata

hamnus frangula Rosa canina Salix caprea

uonymus europaeus

- Heister 2 x v. 200/250

- Feldahorn
- Spitzahorn
- Bergahorn
- Schwarzerle
- Hainbuche
- Gewöhnliche Esche
- Traubenkirsche
- Traubeneiche
- Stieleiche
- Winterlinde

Leichte Sträucher 1 x v. 70/90 1 St./1,25 m²

- Roter Hartriegel - Haselnuß - Europäisches Pfaffenhütchen

Immergrüner Liguster Gewöhnliche Heckenkirsch Weichselkirsche

Gemeiner Liguster

- 2 x v. 80/100, 2 St./m

- 2 x v. m.B. oder m.Tb

Gemeiner Efeu Irländischer Efeu

- Jelängerjeliebe

- Schlehe - Faulbaum

 Für die Gestaltung der Fassaden sind nur glatter oder feinstrukturier-ter Putz, Verkleidungen mit Schiefer oder Kunstschiefer, Sichtmauer-werk, unpolierter Naturstein, Holzverkleidungen und konstruktives Bei der farblichen Gestaltung von Fassaden sind nur abgetönte Far-

Die farblich abgesetzten Sockel der Gebäude sind mit Putz, Sichtbe-

ton, Sichtmauerwerk, ungeschliffenem Kunst- oder Naturstein sowie Schiefer herzustellen. Zur Nutzung der Sonnenenergie sind an süd- und westseitigen Fas-

Getönte oder verspiegelte Verglasungen sind nicht zu verwenden.

2. FREIFLÄCHEN

Die nicht überbauten Grundstücksteile sind, soweit sie nicht als Betriebs-hof, Lagerflächen, Zufahrt oder Stellplatz befestigt werden, gärtnerisch an-zulegen, zu erhalten und mit lebenden Hecken und Anpflanzungen gemäß Punkt A.9.4 + 9.5 einzufrieden.

Die Nutzung von nicht überbauten Grundstücksflächen als Arbeits-, Lageroder Stellplatzfläche für Baugeräte, Campinganhänger, abgemeldete Kraftfahrzeuge, Boote etc. ist nicht zulässig. Zur Gestaltung von Stellplätzen, Wegen, Zufahrten, Hofflächen etc. sind nur wasserdurchlässige Materialie i wie z.B. breitfugiges Pflaster, Rasengitterstein, Schotterrasen etc. zu verwenden, soweit nicht nutzungsbedingt oder durch rechtliche Vorgaben andere Beläge verwendet werden m Standplätze für Abfallbehälter in Vorgärten sind baugestalterisch zu inte-

icht einsehbar sind. 3. EINFRIEDUNGEN + GELÄNDESTÜTZMASSNAHMEN

- Als Einfriedungen zu öffentlichen Flächen sind max. 1,50 m hohe Holzzäune, abgepflanzte Draht- oder Stahlmattenzäune und lebende Hecken auch in Kombination mit bis zu 50 cm hohen Sockelmauern zu verwenden. Einfriedungsmauern bis max. 1,00 m Höhe sind mit Putz, unpoliertem Naturstein, strukturiertem Sichtbeton oder als Sichtmauerwerk herzustellen. Stützmauern aus Sichtbeton, unpoliertem Naturstein oder Sichtmauerwerk sind bis zu einer Höhe von 1,50 m zulässig und mit Rank- und Kletter-

grieren oder so abzupflanzen, daß sie vom öffentlichen Straßenraum aus

pflanzen gem. A.9.6 vollflächig zu begrünen. ANTENNEN, SATELLITENEMPFÄNGER + WERBEANLAGEN

Je Einzelhaus oder Doppelhaushälfte sind nur eine Antenne und ein Satellitenempfänger als Sammelantenne zulässig. Die Oberkante von Werbeanlagen darf die Traufhöhe der Gebäude nicht Leuchtreklame mit Intervallschaltung und greffen Farben ist nicht zulässig.

Der bei der Durchführung von Bauvorhaben anfallende unbelastete Bau-aushub ist soweit möglich gemäß § 87 (2) Nr. 4 HBO auf dem Baugrund-stück wieder einzubauen. Diese Festsetzung ist bei der Erschließungsplanung zu berücksichtigen.

6. REGENRÜCKHALTUNG

 Zur Reduzierung der Abflußverschärfung und zur Nutzung von Brauch-wasser sind 2-stufige Regenwasserzisternen auf den Grundstücken unterirdisch oder nicht einsehbar innerhalb der Gebäude zu errichten. Zur Nutzung des Brauchwassers sind die Zisternen mit einer Pumpe auszustatten. Aus hygienischen Gründen ist das gesammelte Brauchwasser nur zur Bewässerung von Vegetationsflächen und für die Toilettenspülung zu ver-

Die Zisternen sind so zu bemessen, daß der Speicherraum für Brauchwasser mnd. 3 m³ und das Rückhaltevolumen 2,75 m³/100 m² Dachfläche, mind. jedoch 3 m³ beträgt. Der Notüberlauf ist an die Ortskanalisation an-

C. HINWEISE

1. BODENDENKMALE

Vor- und frühgeschichtliche Funde sind unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege zu melden, in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen (§ 20

2. ENERGIEVERSORGUNG Das ausgewiesene Baugebiet wird hoch- und niederspannungsseitig mittels Erdkabel mit elektrischer Energie versorgt und an das Gas-

3. FREIANLAGEN Zusammen mit den Rauanträgen soll für jede Baumaßnahme auch ein FREIFLÄCHENGESTALTUNGSPLAN eingereicht werden, aus dem die

Bei der Pflege der Grünflächen ist möglichst auf die Verwendung von Pe-

VERFAHRENSVERMERKE

dieses Bebauungsplanes nach ortsüblicher Bekanntmag HEIDENROD, den

3 ANHÖRUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

HEIDENROD, den

4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG Die Gemeindevertretung hat am Co.S. H die öffentliche Auslegung dieses Bebauungsplanes einschließlich Textlicher Festsetzungen und Begründung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen. Der Beschluß wurde ortsüblich bekanntgemacht mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können. Die öffentliche Auslegung erfolgte gem. § 3 (2) BauGB auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom fff Gröbis einschließlich

FLACH

Der Gemeindevorstand

Der Gemeindevorstand

Der Gemeindevorstand

Der Gemeindevorstand

5. PRÜFUNG DER ANREGUNGEN AUS DER ANHÖRUNG TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE UND DER GLEICHZEITIGEN ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG GEM. § 4 (2) BauGB Gem. § 3 (2) BauGB hat die Gemeiridevertretung in ihrer Sitzung am gebrachten Anregungen geprüft.

HEIDENROD, den ...

HEIDENROD, den ...

HEIDENROD, den .

Bürgermeister 6. SATZUNGSBESCHLUSS Die Gemeindevertretung der Gemeinde Heidenrod hat in ihrer Sitzung am

7 ANZEIGEVERFAHREN Dieser Bebauungsplan einschließlich der Textlichen Festsetzungen und der Begründung ist gem. § 11 (3) BauGB mit Datum vom dem Regierungspräsidente in Darmstadt angezeigt worden.

HEIDENROD, den ..

8. ZUSTIMMUNGSVERMERK DES REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

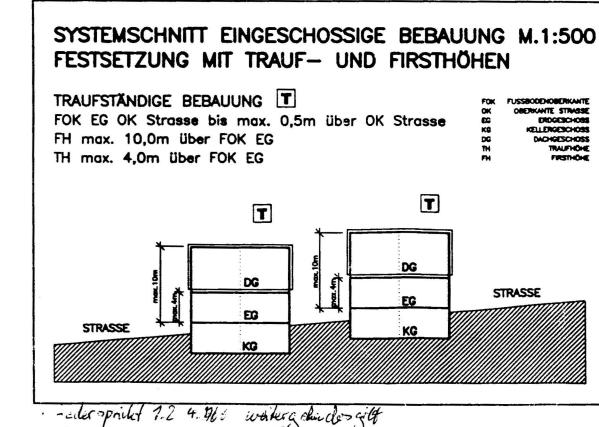
9. AUSFERTIGUNG Ausgefertigt HEIDENROD, den

FLACH Bürgermeister 10. INKRAFTTRETEN

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens ist am gem. § 12 BauGB ortsüblich bekanntgemacht worden mit dem Hinweis auf den Ort der öffentlichen Auslegung dieses Planes. Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtskräftig. HE!DENROD, den . Der Gemeindevorstand

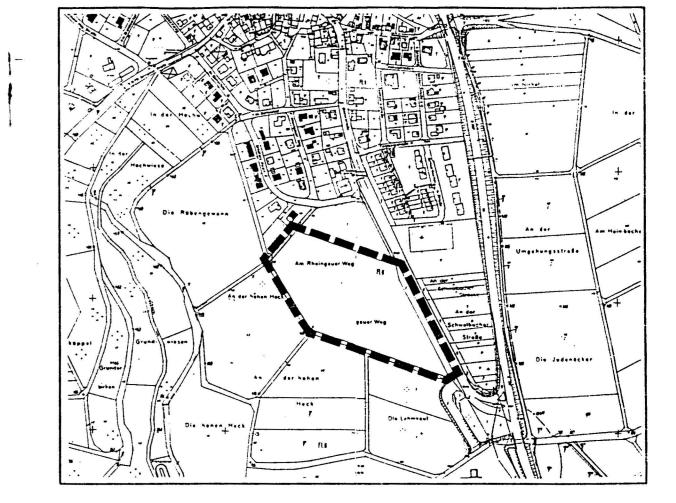
SYSTEMSCHNITTE

SYSTEMSCHNITT EINGESCHOSSIGE BEBAUUNG M.1:500 FESTSETZUNG TRAUF- UND FIRSTHÖHEN TALSEITIGE BEBAUUNG FUSSGODENOBERIKANTE OBERIKANTE STRABE ERDGESCHOSS KELLERGESCHOSS DACHGESCHOSS TRAUFHOME FIRSTHÖME FOK EG +0,5 m über OK Straße FH max. 10.0 m über FOK EG TH max. 4.0 m über FOK EG BERGSEITIGE BEBAUUNG FOK EG 2,2 m - 2,7 m über OK Straße FH max. 10,0 m über FOK EG ---- GEPLANTES GELÄNDE ---- VORHANDENES GELÄNDE





ÜBERSICHTSPLAN (o.M.)





HEIDENROD - KEMEL B-PLAN UNTER DER KATH. KIRCHE 2. ÄNDERUNG + ERGÄNZUNG

BEBAUUNGSPLAN § 9 BauGB PROJEKT-NR. : (CAD-2) 05 PLAN-NR. GRÜNORDNUNGSPLAN § 9 (1) NR. 15, 20 + 25 BauGB : 1:1.000 : 10.06.1998 DATUM GRÖSSE 105x75 BEARBEITER MM/HM PLANUNGSBŪRO ARCHITEKTUR · STÄDTEBAU · LANDSCHAFTSARCHITEKTUR 65189 WIESBADEN

FLACH GUSTAV-FREYTAG-STRASSE 15 TELEFON 0611/30 01 23 FAX 0611/30 41 05 Bürger neister